



**Bundesregierung bleibt Antwort auf Engagementstrategie schuldig:  
Viele Worte um Nichts, ohne Ziel, ohne Kompass und ohne die Zivilgesellschaft!**

*Eine erste Einschätzung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion „Engagementpolitik im Dialog mit der Bürgergesellschaft“.*

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Engagementpolitik im Dialog mit der Bürgergesellschaft" enttäuscht. Viele Worte um Nichts, ohne Ziel, ohne Kompass und ohne die Zivilgesellschaft! Die Bundesregierung bleibt Antworten schuldig. Es wird mehr als deutlich, dass Schwarz-Gelb leider jegliches Gespür für zielgerichtete engagementpolitische Maßnahmen im Sinne der bürgerschaftlich Engagierten fehlt.

Die Regierung hat kein Leitbild einer Zivilgesellschaft und verweigert einen Zeitplan für aktuelle Gesetzesvorhaben. Die Bundesregierung ist eine einzige Prüfanstalt. Gesetzesvorhaben, wie das Freiwilligendienst-Statusgesetz, werden auf die lange Bank geschoben. Ärgerlich ist, dass die Bundesregierung eine Fristverlängerung bis zum 31. März 2011 in Anspruch genommen hat. Sie wollte wohl einer Auseinandersetzung vor dem 27. März, den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aus dem Weg gehen.

- Der Eindruck, der bereits bei der Vorlage der Nationalen Engagementstrategie entstanden ist, bestätigt sich: Der schwarz-gelben Bundesregierung fehlt ein engagementpolitisches Leitbild. Sie drückt sich um die Antwort auf die entsprechende Frage. Kein Wort darüber, wie sich die Regierung das Verhältnis zwischen Staat, Bürgergesellschaft und Politik vorstellt. Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort auf die Nationale Engagementstrategie. Diese ist wiederum eine reine Aufzählung einzelner Projekte, beinhaltet aber weder ein Leitbild noch eine Strategie.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Bundesregierung Engagement als Ausfallbürge in Zeiten leerer Kassen sieht.

- Die Bundesregierung hat keine Vorstellung davon, wie wichtig Infrastruktur für das Engagement ist. Sie zeigt keinerlei Engagement für das Engagement: Anstatt eine Perspektive für die bestehende Infrastruktur auf Bundesebene zu schaffen, spielen bestehende Einrichtungen wie Netzwerke, Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros keine Rolle in den Antworten der Regierung. Die Pläne der Regierung für eine gute Engagement-Infrastruktur erschöpfen sich im Ausbau der Mehrgenerationenhäuser. Die Mehrgenerationenhäuser werden nach den Plänen der Bundesregierung zur eierlegenden Wollmilchsau. Sie sollen „Knotenpunkte“ werden und all das richten, was heute schon von etablierten Einrichtungen erledigt wird.

Auch ein Ausbau der Bund-Länder-Kommunen-Kooperation scheint für die Regierung nicht notwendig zu sein. Bis auf weitere Gesprächsrunden und ein paar neue



Links auf einer Internetplattform scheint die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf bei der Abstimmung mit Ländern und Kommunen zu sehen.

- Von regelrechter Ignoranz zeugt die Antwort der Bundesregierung auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Engagement, Familie, Schule, Ausbildung und Beruf. Dies ist nicht nur für Frauen eine zentrale Frage. Nach entsprechenden Initiativen für eine engagementfreundliche Zeitpolitik gefragt, antwortet Schwarz-Gelb: „Nein, die Bundesregierung plant derzeit keine entsprechenden gesetzlichen Initiativen.“ Das Problem scheint im Familienministerium entweder noch nicht angekommen oder bewusst ignoriert zu werden.
- In den Antworten der Bundesregierung wird immer wieder auf die Wichtigkeit einer funktionierenden Vernetzung der verschiedenen Ebenen und Akteure hingewiesen. Sie soll gestärkt und weiter ausgebaut werden. Das glatte Gegenteil passiert: Funktionierende Netzwerkstrukturen wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) oder die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) spielen für die Bundesregierung keine Rolle und finden auch keine weitere Erwähnung in den Antworten. Anstatt auf bestehende und erfolgreiche Netzwerkstrukturen zurückzugreifen und diese zu unterstützen, erweckt das Familienministerium mit seiner Förderpolitik immer stärker den Eindruck, diesen bestehenden Strukturen gezielt die finanzielle Grundlage entziehen zu wollen. Das wird am Beispiel des BBE aktuell deutlich!